

Die freiheitliche Demokratie in Thüringen verteidigen

Die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags neigt sich ihrem Ende entgegen. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Sturz der SED-Diktatur kämpft die LINKE als dominierende, sozialistische Partei der rot-rot-grünen Thüringer Regierungskoalition darum, auch in der nächsten Wahlperiode eine Politik fortzusetzen, die sie als Schritte „hin zu einer neuen Gesellschaftsordnung“ (Susanne Hennig-Wellsow) versteht. Knapp viereinhalb Jahre parlamentarischer Erfahrung mit der Thüringer Linkskoalition und der von ihr getragenen Landesregierung zeigen, dass diese Zielstellung mehr als revolutionäre Folklore ist und sich weit von dem entfernt, was für die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag eine freiheitliche Demokratie und freie Gesellschaft ausmacht.

Eine gute Ordnung und gute Politik zeichnet sich dadurch aus, dass der Staat einen verlässlichen Rahmen schafft und gewährleistet, in dem Bürger, Familien und Gesellschaft, die Wirtschaft, aber auch die Kommunen sich frei und nach eigenen Vorstellungen und im Rahmen der Gesetze entfalten können. Schranken ergeben sich aus den Rechten anderer, dem politisch immer wieder neu zu bestimmenden Gemeinwohl und dem selbstverständlichen Anspruch aller Bürger auf eine ausreichende Sicherung in den Wechselfällen des Lebens. Unter diesen Bedingungen gedeiht ein leistungsfähiges und differenziertes Gemeinwesen, in dem Freiheit, Sicherheit und Eigenständigkeit herrschen.

Dem widerspricht rot-rot-grüne, insbesondere sozialistische Politik auf vielfache Weise. Sie gängelt soziales oder wirtschaftliches Verhalten mit möglichst engmaschigen Regeln und tut sich mit der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft schwer. Sie stellt nicht die Bürger des Landes ins Zentrum ihrer Politik, sondern Gruppen, und ebnet rechtliche Differenzierungen zwischen Staatsangehörigen und Ausländern ein. Nicht zuletzt stellt sie bewährte demokratische Institutionen und Verfahren in Frage, um ihren politischen Handlungsspielraum auszuweiten.

1. Rot-Rot-Grün versprach zu Beginn der Wahlperiode eine ehrliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und eine klare Distanzierung von ihr. Gleichwohl weigert sich Ministerpräsident Bodo Ramelow bis heute, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen und attestiert ihr lediglich einen „Mangel an Recht“. Obgleich diese kommunistische Erziehungsdiktatur weder Gewaltenteilung, demokratische Wahlen, Meinungsfreiheit oder den Schutz ihrer Bürger vor staatlicher Willkür und Verfolgung kannte.
2. Die Landesregierung unterläuft seit Herbst 2015 im Bundesrat und im Land systematisch alle Versuche, illegale Migration nach Deutschland wirksam einzudämmen und den Flüchtlingsschutz auf die tatsächlich Schutzberechtigten zu begrenzen. Jeden, der einmal Aufnahme in Thüringen gefunden hat, betrachtet der Ministerpräsident als Neubürger, jede „Abschiebung als Niederlage“.
3. Rot-Rot-Grün hat das Thüringer Erziehungsgeld abgeschafft und einen einseitigen Systemwechsel zugunsten der öffentlichen Betreuung von Kleinkindern vollzogen. Die finanziell unterstützte Entscheidungsfreiheit der Eltern, Kleinkinder ganz oder teilweise zu Hause zu betreuen, hat damit ein Ende gefunden.
4. Statt das begabungsgerechte und differenzierte Thüringer Schulsystem weiter auszubauen, nutzt Rot-Rot-Grün jede sich bietende Gelegenheit, um Weichen in Richtung Einheitsschule zu stellen. Das reicht von der Privilegierung der Gemeinschaftsschulen, über die vollständige Inklusion und die Entleerung der Förderschulen bis zu Überlegungen, die schulartbezogene Lehrerausbildung abzuschaffen.

- 46 5. Rot-Rot-Grün lässt das ernsthafte Bemühen vermissen, bei Gesetzen wie dem Bil-
47 dungsfreistellungsgesetz, der Einführung eines neuen Feiertags oder dem Vergabege-
48 setz die berechtigten Interessen des gewerblichen Mittelstands zu berücksichtigen.
49 Die Folgen zeigen sich bereits in einem seit 2015 unterdurchschnittlichen Wachstum,
50 der kontinuierlich zurückgehenden Zahl der Gewerbeanmeldungen oder dem Un-
51 vermögen, öffentliche Aufträge zu platzieren.
- 52 6. An den Hochschulen hat Rot-Rot-Grün mit dem Ziel stets wohlklingender aber sach-
53 fremder „Demokratisierung“ die Selbstverwaltungsstrukturen zu Lasten von For-
54 schung und Lehre und leistungsfähiger Entscheidungsstrukturen verändert und die
55 staatliche Aufsicht verstärkt.
- 56 7. Wiederholt musste sich der Thüringer Beamtenbund dagegen verwahren, dass die
57 Bediensteten des Freistaats Thüringen entweder als „vierter Koalitionspartner“ ver-
58 einnahmt werden oder ihnen die widerstrebende Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber
59 der rot-rot-grünen Landesregierung unterstellt wird. Der eherne Grundsatz einer un-
60 parteiischen und an der Sache orientierten Aufgabenerfüllung wird damit ins Zwi-
61 licht gerückt.
- 62 8. Mit Vorstößen zur Abschaffung der Kirchensteuer und der Einführung einer Kultur-
63 steuer empfiehlt der Ministerpräsident den Wechseln von einer Mitgliederfinanzie-
64 rung von Kirchen hin zu einer staatlichen Finanzierung von Religions- und Weltan-
65 schauungsgemeinschaften. Motiv ist eine leichtere Finanzierung von Moscheege-
66 meinden. Damit würde das auf einer Trennung von Staat und Kirche fußende Religi-
67 onsverfassungsrecht ausgehebelt.
- 68 9. Erstmals in der deutschen Parlamentsgeschichte will Rot-Rot-Grün einen Landes-
69 haushalt verabschieden, der ausschließlich für die künftige Wahlperiode gilt. Er greift
70 damit in das Budgetrecht des künftigen Landtags ein und missachtet die zeitliche Be-
71 grenzung demokratisch legitimierter Herrschaft. Der demokratische Wahlakt wird zu-
72 gunsten eines eigenen Machtanspruchs entwertet.
- 73 10. Rot-Rot-Grün bedient sich eines politisch fast beliebig verwendbaren Rassismus-
74 Begriffs und stellt darüber unter anderem Polizei, Justiz, Verwaltungen unter einen
75 latenten Rassismusverdacht. Die Behauptung tatsächlicher oder vermeintlicher Dis-
76 kriminierung gegenüber diversen Gruppen entwickelt sich zur Legitimationsgrundlage
77 einer übergreifigen Politik, bis hin zu Gedankenspielen, die Spruchpraxis Thüringer
78 Verwaltungsgerichte einer inhaltlichen Kontrolle zu unterwerfen.
- 79 11. Rot-Rot-Grün will für künftige Landtagswahlen Geschlechterquoten für die Aufstel-
80 lung der Landeslisten vorschreiben. Das ist ein massiver Eingriff in die im Grundgesetz
81 garantierten Wahlrechtsgrundsätze und die Parteienfreiheit. Die Gemeinschaft
82 gleichberechtigter Staatsbürger würde durch die Logik nach Identitätsmerkmalen ge-
83 bildeter Gruppen aufgebrochen.

84 In der Gesamtschau wird ein politisches Muster sichtbar, das Thüringen und der freiheitli-
85 chen Demokratie schadet. Es zielt perspektivisch auf eine andere Gesellschaft und einen an-
86 deren Staat, der nicht mehr jener des Grundgesetzes und der Thüringer Landesverfassung
87 wäre. Die begrenzten Zuständigkeiten der Länder und die noch begrenzte Dauer der rot-rot-
88 grünen Landesregierung verhindern bisher, dass diese Politik sich vollständig entfalten kann.
89 Die Beispiele zeigen zugleich nachdrücklich, dass es an der Zeit ist, diese Politik in Thüringen
90 zu beenden und zu neuen Mehrheiten im Landtag zu kommen, um dauerhaften Schaden
91 vom Land abzuwenden.